

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktionsamt: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Kassiererei: Postfach 10
Druckerei: Postfach 10
Verlag: Postfach 10

Abend-Ausgabe bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich 2.50 RM. (einschl. d. 70 Wp. für Zeitung)
Sonntagsausgabe 2.00 RM. (einschl. d. 70 Wp. für Zeitung)
Tagesausgabe 1.00 RM. (einschl. d. 70 Wp. für Zeitung)
Kleinanzeigen: Die einseitige 20 mm breite
Zeile 40 Wp., für 40 Wp., die 20 mm breite 30 Wp., ausserhalb 25 Wp.
abw. 20 Wp. für 20 Wp. Domänenanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wp., ausser-
halb 25 Wp. Offenergebühren 30 Wp. Kostentragende Anzeigen gegen Vorabzahlung.

Druck: Postfach 10
Kassiererei: Postfach 10
Verlag: Postfach 10

Rückkehr zum Youngplan ausgeschlossen

Nichtratifizierung bedingt neue Verhandlungen

Berlin, 12. Juli. In der öffentlichen Diskussion über die Frage der Ratifizierung des Lausanner Abkommens kommt verschiedentlich zum Ausdruck, daß für den Fall der Nichtratifizierung durch irgendeine der beteiligten Mächte der Youngplan wieder in Kraft treten würde. Demgegenüber wird von unterrichteter amtlicher Seite darauf hingewiesen, daß in öffentlicher Sitzung der Lausanner Konferenz auf eine Neuherausgabe des Youngplans v. Papen hin der Präsident Macdonald klar zum Ausdruck gebracht hat, daß bei Nichtratifizierung durch eine beteiligte Macht eine neue Beratung der ganzen Reparationsfrage notwendig sein werde. Von einem Wiederanleben des Youngplans kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, der Ausgangspunkt einer etwa notwendig werdenden Konferenz werde selbstverständlich das Lausanner Abkommen sein.

Diese Ansicht kommt auch in den Neuherausgaben des Auslandes zum Ausdruck.

„Kein Schritt ohne Deutschland“

Die Ansicht der englischen Presse

London, 12. Juli. In einem Leitartikel über die Lausanner Abmachungen erklärt die „Times“, die Ratifizierung habe keine Eile. Wichtig sei es, daß die öffentliche Meinung die Handlungen ihrer Staatsmänner gutheiße und daß

kein Verstehen über eine Rückkehr zum Youngplan entstehe, wie es in Paris geschehen sei. Macdonald habe

keinen Zweifel darüber gelassen, daß im Falle einer Nichtratifizierung keine Schritte ohne vorherige Beratung mit Deutschland auf einer anderen Konferenz unternommen werden sollen. Es würde also eine neue und ernste Lage entstehen, aber der Youngplan würde nicht wieder automatisch in Kraft gesetzt werden.

Das Blatt gibt dann den in London aufgetauchten Befürchtungen wegen der Schwierigkeiten Ausdruck, die sich in Deutschland einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens entgegenstellen. Die „Times“ wendet sich an die Nationalsozialisten, die anscheinend aus parteipolitischen Gründen heraus entschlossen seien, die Möglichkeit einer Mitarbeit zu verhindern, um statt dessen die Autarkie zum alleinigen Idol zu erheben. Wenn Deutschland seine Mitarbeit verweigere, würde es seine politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur erhöhen, während die Lausanner Abmachungen eine neue Grundlage zu fruchtbringender Zusammenarbeit böten. Das Programm, das in den Abmachungen zum Lausanner Abkommen hinsichtlich der Reparationen, des Wiederaufbaus Mitteleuropas und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit enthalten sei, könne nur dann erfüllt werden, wenn alle Länder ihren Beitrag leisteten und vom Geiste der gegenseitigen Unterstützungsbereitschaft befeuert seien.

Auch „The Morning Post“ betont, daß eine automatische Rückkehr zum Youngplan nicht eintreten könne, sondern daß im Falle der Nichtratifizierung erst Beratungen mit Deutschland stattfinden müßten. Eine weitere Frage sei, ob Amerika am 30. September die fällige Reparationszahlung von 14 Millionen Pfund fordern und Deutschland diese Summe bezahlen werde. Dies werde eine Prüfung für die Haltung Amerikas sein, da dies die einzige Zahlung sei, die vor der Präsidentenwahl fällig sei.

Bata tödlich verunglückt

Prag, 12. Juli. Am Dienstag ereignete sich in der Nähe von Jilin in Mähren ein Flugzeugunfall, bei dem der bekannte tschechische Schuhfabrikant Bata sein Leben einbüßte. Bata wollte nach der Schweiz fliegen. In einer Höhe von 7000 Meter kurz vor dem Flugplatz in der Nähe des tschechischen Jilin plötzlich ab. Bata und der Pilot sind beide tot.

Die Umstände des Absturzes erscheinen reichlich mysteriös. Seit längerer Zeit war bekannt, daß sich Bata in den größten finanziellen Schwierigkeiten befand. Er hatte Millionen Schube auf Vorrat produziert, ohne sie absetzen zu können. Die Folge war, daß er die Löhne seiner Arbeiter nur zu einem geringen Teil ausbezahlen konnte. Diese Schuldsummen wuchsen auf riesige Beträge an, die die wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens völlig erschütterten.

Der Tod des Schuhindustriellen Bata, der nunmehr auch amtlich bestätigt wird, hat allgemein große Erregung hervorgerufen. In Prag sind zahlreiche Extrablätter erschienen. Aus ihnen ergibt sich noch, daß vor dem Abflug alle näheren Wetterbedingungen nach dem Flugplatz befragt und allgemein das beste Flugwetter gemeldet wurde, weshalb r. o. g. die letzten Rebeis über dem Flugplatz der Start erfolgte. Bald nach dem Start führte das Flugzeug auf geringer Höhe auf einen Waldbrand mit solcher Wucht ab, daß es sich tief in die Erde bohrte und vollkommen zertrümmert wurde. Der Pilot Broucek war sofort tot, Bata erlitt sehr schwere innere Verletzungen, denen er bald darauf erlag. Die Ursache der Katastrophe läßt sich noch nicht feststellen.

Bata wurde 1876 in Jilin (Mähren) als Sohn eines Schuhmachers geboren. Er erlernte bei seinem Vater das Schuhmachergewerbe. Im Jahre 1894 gründete er seinen ersten eigenen Betrieb. In der Hauptstadt der Tschechoslowakei und Rationalisierung groß geworden, schaltete er die Handarbeit weitgehend durch Maschinen aus. Der Krieg, vor allem die Produktion von Militärstiefeln, ermöglichte ihm, von der Tuchschuhproduktion zur Erzeugung von Lederstiefeln überzugehen. Von nun an nahm die Produktion seiner Betriebe einen phantastischen Umfang an. Bereits im Jahre 1917 lieferte er täglich bei einem Stamm von 4000 Arbeitern 10 000 Paar Schuhe. Der Idee der vertikalen Konzentration folgend, ging er dazu über, die Schuhfabrikation vom ersten Rohstoff bis zum Kunden in seiner Hand zu vereinigen. Er gliederte seinem Stammunternehmen immer mehr Hilfsindustrien an. Ende 1930 befanden sich allein in Jilin 22 Batafabriken, in denen rund 16 000 Arbeiter eine Tagesleistung von 100 000 Paar Schuhen erbrachten.

Solen überfallen deutsches Kinderfest

Vier Deutsche mit Messern verletzt

Die Schulinrichtungen zerstört

König, 12. Juli. Bei einem gefeierten Volksfesten, das im Anschluß an ein Kinderfest der deutschen Schule in dem überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzortje Winnsfeld (Kreis König) in den Schulräumen stattfand, drangen in den frühen Abendstunden plötzlich mehrere Angehörige des polnischen Schützenverbandes in die Klassenräume ein und griffen die Anwesenden mit Messern an. Vier Personen wurden dabei verletzt, eine davon schwer. Die Teilnehmer des Festes verließen hastig die Schule. Die gesamte Einrichtung der Schule und die Fensterscheiben wurden von den Friedenshüter zerstört.

Wachsende Gegnerschaft in Amerika

„Der Prügelnabe Europas“

Newport, 12. Juli. Das Gentleman-Agreement von Lausanne beherrscht auch heute noch die erste Seite der Morgenblätter. In großer Aufmerksamkeit bringt „The New York Times“ die Erklärung Deutschlands, daß es an irgendwelchen Geheimabmachungen unbeteiligt sei. Die geteilte Stimmung im Repräsentantenhaus, so betont das Blatt, nehme immer mehr zu.

„Gerald Tribune“ bemerkt zur gestrigen Erklärung Chamberlains im Unterhaus, daß sie im Gegensatz zu der Ausrufung steht, die Stimmen den Washingtoner Pressevertretern gegenüber gemacht hätte.

„Sun“ schreibt, sobald man in den Vereinigten Staaten das Gentleman-Agreement von Lausanne wirklich begreife, werde sich der Kerger des Durchschnittsamerikaners zur Siebzehnte steigern. Das Blatt scheint sich nicht, vom „internationalen Subhandel“ zu sprechen, durch den jede Hoffnung der Befürworter einer Schuldenerlöschung zerstört werde. Amerika werde eben zum Prügelnabe für alle Weltmächte Europas gemacht.

Im „Gerald Tribune“ schreibt Walter Dippmann, innerhalb der nächsten Monate müsse dem amerikanischen Volke die Frage einer endgültigen Vereinigung des Kriegsschuldenproblems vorgelegt werden. Was immer der Kongress dazu sage, der Präsident könne seinen Einfluß zur Lösung nicht verwirklichen. Die Frage sei nur, wie er die Angelegenheit weiter behandeln wolle, die er vor 18 Monaten angehängt hat. Da die Schuldfrage über allen Parteigrenzen hinweg steht, sollten Hoover und Roosevelt sich darüber verständigen, daß die Frage nicht für die Wahlkampagne ausgedeutet werden solle. Wenn Roosevelt die offene Erklärung abgibt, daß er trotz seines abweichenden Standpunktes gegen den Gedanken der Schuldenerlöschung doch für neue Verhandlungen sei, so wäre das patriotisch und staatsmännlich gedacht.

„Ewig gegen Schuldenerlöschung“

Senat und Repräsentantenhaus unnahebelegig

Washington, 12. Juli. Eine im Senat vorgeschommene zuverlässige private Umfrage ergab, daß von den 60 Mitgliedern des Senats 39 Republikaner und 21 Demokraten gegen eine Streichung der Kriegsschulden der Ältesten sind. Vier Senatoren lehnten eine Erklärung ab und 18 waren abwesend. Von 293 Repräsentantenhausmitgliedern erklärten sich 255 gegen eine Streichung, 149 Mitglieder waren abwesend.

Die Umfrage gibt in klarer Weise die allgemeine Stimmung wieder, die wegen des Lausanner Geheimabkommens um so erbitterter ist. Der Führer der Republikaner im Senat gab folgende bemerkenswerte Erklärung ab: „Ich werde die Kriegsschulden weder streichen noch revidieren, gleichgültig, welche Versprechungen in Lausanne gemacht oder welches Abkommen getroffen worden ist. Ich glaube nicht, daß jemals der amerikanische Kongress die Ältesten Schulden revidiert oder herabsetzt.“

Senator Reed erklärte, er sei ewig gegen eine Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden.

Salesti mit Lausanne zufrieden

Warschau, 12. Juli. Außenminister Salesti erklärte in einem Interview, daß man die in Lausanne erzielten Resultate als für jeder mann zufriedenstellend bezeichnen könne. Die vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes für Zentral- und Osteuropa gefassten Entschlüsse entsprächen in bedeutendem Maße den polnischen Wünschen. Salesti erklärte, er halte die neuerliche Einberufung des Agrarstaatenblocks für notwendig.

Zweimonatiges Handelsmoratorium in Brasilien

Rio de Janeiro, 12. Juli. Präsident Vargas erklärte auf alle Handelsverträge, auch solche in fremden Währungen, ein Moratorium, das bis zum 31. August läuft. Weiter unterzeichnete Vargas einen Erlass, durch den dreißig führende Männer und Frauen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung einberufen werden.

Waffenscheine für kommunistische Schützen

Schwere Vorwürfe gegen den Berliner sozialistischen Polizeipräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli. Die „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht sensationelles Material über die Zustände im Berliner Polizeipräsidentenamt und bringt dieses Material in Zusammenhang mit der Rede des Berliner Polizeipräsidenten Graessing in Magdeburg, wo dieser für ein gemeinsames Vorgehen der SPD und KPD gegen den „Faschismus“ eintrat. Aus dem Material geht hervor, daß

die kommunistischen „Schützen-Parten“ Berlins ein großkalibriges Metallgeschütz abholten, und zwar mit Wissen des Polizeipräsidenten Graessing und der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten.

Bei diesem Schießen mit großkalibrigen Gewehren wurde u. a. „Schneidfeuer in allen Richtungen“ geübt. Die dabei zur Verwendung gelangende Munition wurde selbstverständlich im Falle des Bürgerkrieges der Schutzpolizei aller schwerere Verzinsung zulassen können. Aber nicht genug damit, daß diese Bürgerkriegsvorrichtungen der kommunistischen Schützen-Parten mit Wissen des Berliner Polizeipräsidenten abgeholt wurden, sind

die Waffenerwerbsscheine für die Beschaffung der dazu notwendigen großkalibrigen Gewehre tragen den Stempel: „Der Polizeipräsident von Berlin.“

Einer dieser Waffenerwerbsscheine, ausgestellt auf den Namen eines Mitgliedes dieser kommunistischen Schützen-

Parten hat dem polnischen Gewehrman der „Berliner Börsenzeitung“ im Original vorgelegen. Er trägt die Nummer L. 5031 und ist ausgestellt am 27. Juni 1931. Die Herstellungsnummer des von dem bolschewistischen Schützen erworbenen Großkalibergewehrs lautet G. F. Z. 453. Auf dem Antrag, den der betreffende Großkaliberschütze der SPD, zwecks Beschaffung seines Gewehrs der Polizei eingereicht hat, heißt es u. a. wörtlich: „Wegen meiner Inverläßlichkeit dürften Bedenken nicht bestehen. Die Voraussetzungen, unter denen nach § 16 des Reichsschulwaffengesetzes die Ausstellung eines Waffenerwerbsscheins oder Munitionserwerbsscheins zu unterbleiben hat, liegen bei mir nicht vor.“

Wie die Ausstellung jenes Waffenerwerbsscheins Beweisen hat, stellte sich die betreffende Polizeistelle also auf den ungeheuerlichen Standpunkt, daß

gegen die „Inverläßlichkeit“ eines Mitgliedes der kommunistischen Schützen-Parten „Bedenken nicht bestehen!“

Das wohlwollende Verhalten des Polizeipräsidenten Graessing, so erklärt das Blatt weiter, gegen diese „Schützen-Parten“ der Kommunisten erweist aber in einem noch beachtenswerteren Maße, wenn man bedenkt, daß dem Polizeipräsidenten von Berlin und der Abteilung I A sehr wohl bekannt sein dürfte, daß diese bolschewistischen Schützenparten das Schießen keineswegs als „Sport“ betreiben, sondern, wie sie es selbst mehrfach zugegeben haben, all das Fortübungen für den gewaltsamen Umsturz des Staates sind. Hat

OVER
nur 1. Wahl
5.90
RM. 0.60

Zebe
Schneidelein
Melodien
5.10 Uhr

Palast
Dienstag
Liane Haid
Willy Forst
Der Prinz
Arkadien

Opernhaus
Kloppe
Ensemble
Komödie 7.10 Uhr

Komödie
Der Mann mit den
graunen Schichten
Spiel von Leo Lenz
Behrens Bergmann
Paulsen
in Milonovici Kreinin
Ortiz
Wagner
gegen 8.15 Uhr
Abend 10.00 Uhr
Der Mann mit den
graunen Schichten
nirai-Vorstellung
Vorstellung
Vorstellung

SLUB
Wir führen Wissen.